



### Schmähschrift.

#### Offenes Einschreiben

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte  
Allée des Droits de l'Homme  
67000 Strassburg  
Frankreich

Berlin, den 14. Oktober 2010.

**Berufung** gegen die Genehmigung für das genetische Manipulieren von den berühmten Blumen des verstorbenen Prinzen Bernhard, „den Nelken“. Staatsrat Niederlande. Verfahrensnummer 201001002/1/M1.

Sehr geehrte Damen und Herrn,

in der Anlage übersende ich Ihnen, die oben genannt Verfahrensausprache vom 15. September 2010. (Beilage: 1).

Wir haben bei diesem Verfahren argumentiert, dass die Einführung von Genetisch Manipulierten Organismen (GMO's) im Widerspruch zu den Artikeln 5, 8, und 1 des ersten Protokolls der Europäischen Menschenrechtskonvention steht. Das heißt:

**Artikel 5** – ‚Recht auf Freiheit und Sicherheit‘ Was man zum Guten genetisch manipulieren kann, kann man auch zum Schlechten manipulieren. Das heißt, dass die Einführung vom GMO, und auch Cisgenese und Nano Techniken, gefährlicher sind, als eine Atombombe in der Hand des Iran. **Artikel 8** – Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens. D.h. Schutz der Integrität des Körpers. **Artikel 1**, erstes Protokoll – ‚Schutz des Eigentums‘. D.h. ungestörter Genuss von Eigentum.

Der niederländische Staatsrat urteilt, dass wir unsere Begründung des Rechtsbehelfs nicht begründeten. Damit beschließt der Staatsrat, unsere Beschwerde als unbegründet abzulehnen.

Damit sind wir nicht einverstanden. In der Beilage übersenden wir:

- a)** unsere Gründe für die Berufung vom 23. Februar 2010 (Beilage 2);
- b)** weitere Unterlagen mit Argumenten auf 17 Seiten mit weit mehr als 16 Argumenten, Fakten, Zahlen und Einschätzungen vom 4. August 2010. (Beilage: 3).

Trotzdem beschließt der Staatsrat, dass wir unsere Beschwerde nicht begründeten. Was daran unbegründet ist sagt der Staatsrat nicht? Das bedeutet in unseren Augen, dass diese Entscheidung viele Fragen aufwirft.

Viele christliche Politiker haben immer gesagt, dass die Einführung von GMO's notwendig ist, um den Welthunger zu bekämpfen. Dieses Verfahren geht um die Nelken und betont damit, dass dieses Argument eine halbe Wahrheit ist. Halbe Wahrheiten sind gefährlicher als Lügen (John Lukacs).

Im Grunde genommen wird hiermit die christliche Grundhaltung bestätigt. Genesis 1 Vers 28.

**Zitat:** ‚Und Gott segnete die Menschen und sagte zu ihnen: *‚Seid fruchtbar und vermehrt euch! Füllt die ganze Erde und nehmt sie in Besitz! Ich setze euch über die Fische im Meer, die Vögel in der Luft und alle Tiere, die auf der Erde leben, und vertraue sie eurer Fürsorge an<sup>1</sup>.* **Ende Zitat.**

<sup>1</sup> Niederländische spräche: Genesis 1, vers 28. God zegt tot de mens: 'Wees vruchtbaar, en vermenigvuldigt, en vervult de aarde, en onderwerpt haar, en hebt heerschappij over de vissen der zee, en over het gevogelte des hemels, en over al het gedierte, dat op de aarde kruipt!'



Diese christliche Verwaltung der Erde steht in unseren Augen im Widerspruch mit dem Respekt für die Erde und allem was darauf lebt.

- 1) Hinzu kommt, dass Königin Beatrix Vorsitzende des Staatsrates ist. Kronprinz Alexander und seine argentinischen Gemahlin Maxima sind ebenfalls Mitglieder des Staatsrates.<sup>2</sup> Zufall oder nicht, aber Kronprinz Alexander machte in der Öffentlichkeit bekannt, dass er und seine Familie den Unterschied zwischen genetisch verändertem und biologischem Gemüse nicht spürt. Damit ist er die einzige in Europa. Er erzählte, dass sein Gemüse aus dem eigenen Garten kommt und das stellt ihn zufrieden. Anders gesagt, wenn das Gemüse aus dem eigenen Garten kommt, kann doch bei ihm niemals genetisch manipuliertes Gemüse auf den Tisch kommen. (Agd 14/8/04/p8 en p9).
- 2) Es ist klipp und klar, dass die unter Punkt 1 genannte Situation im Widerspruch mit der Triaslehre ist. (Montesquieu). Diese umfasst die Trennung der drei Gewalten Gesetzgebung (*Legislative*), Vollziehung (*Exekutive*) und Rechtsprechung (*Judikative*).

In diesem Fall verweise ich Sie auf das Verfahren bei dem Europäischen Hof für Justiz in Luxemburg, Nummer 804.001 NL Präjudizielle Frage über den geräuschlosen Anbau der GMO Mais-Sorte C-360/08-1, und die Präjudizielle Frage über die Unabhängigkeit des Niederländische Staatsrates. Verfahren Staatsrat Nummer: 200702758/1/M1 Kläger: VoMiGEN und Greenpeace gegen das niederländische Ministerium für Wohnungswesen, Raumordnung und Umwelt bei dem Staatsrat. Der Europäische Hof für Justiz hat dieses Verfahren an den Staatsrat ohne Aussprache zurückgegeben.

Durch die Beschreibung des Verfahrens des Staatrates lernen wir, dass die EU Mitglieder: Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und Belgien bereits 1957 damit einverstanden waren, dass die Niederlande die Triaslehre nicht mehr zu respektieren braucht. Meiner Meinung nach ist das im Widerspruch zu der Vereinbarung des EGKS-(Kohle und Stahl) Vertrages von 1951, welcher unter Hinzunahme der Bürger abgeschlossen wurde. Ohne Respekt für die Triaslehre ist keine Demokratie im Sinne des oben genannten Vertrages von 1951 möglich.

- 3) In Anschluss des unter Punkt 2 Besprochen, was die Triaslehre angeht, ist die aktuelle frage die sich stellt: Wie sieht das in den übrigen EU Ländern aus. Wird die Triaslehre in den übrigen Ländern auch nicht respektiert?

Im Niederländischen Fernsehprogramm ‚BuitenhofTV‘ hat am 3.Oktober 2010, Prof. Dr. M.L.M. (Marc) Hertogh gesagt, dass der Begriff Trennung der drei Gewalten geändert wurde in ‚Gleichwertigkeit‘ statt ‚Trennung‘ der drei Gewalten. Unserer Meinung nach sind solche geräuschlosen idiotischen Änderungen nur möglich, wenn die Prinzipien der Grundrechte aus dem Jahr 1848 nicht respektiert werden. Auch hier stellt sich die Frage, wie sieht das in den übrige EU Ländern aus?

- 4) Wie ist das in den übrigen EU Ländern mit der freien Meinungsäußerung in den politischen Institutionen? In den Niederlanden wird das Recht auf die Versammlungsfreiheit für Dialog mit den Mitgliedern in vielen politischen Institutionen nicht respektiert oder ist beseitigt.<sup>3</sup> Auch haben viele Bürger und Bürgerinnen keinen

<sup>2</sup> **Zitat:** ‚Der Staatsrat (Raad van State) ist das höchste Beratungsgremium der Regierung und das älteste Staatsorgan der Niederlande, denn er wurde 1531 von Karl V. eingerichtet. Die Regierung muss zu allen Gesetzentwürfen, Rechtsverordnungen und internationalen Verträgen die Stellungnahme des Staatsrates einholen. Der Staatsrat selbst kann aus eigener Initiative Empfehlung zur Gesetzgebung unterbreiten. Die Regierung ist aber nicht an den Ratschlägen des Staatsrates gebunden. Der Staatsrat besteht aus 28 Mitgliedern, die vom König auf Lebenszeit benannt werden. Hinzu kommt der König selbst als Präsident des Staatsrates, der Kronprinz ist ebenfalls Mitglied des Staatsrates.‘ **Ende Zitat.** NederlandMagazin DE.

<sup>3</sup> Beispiel: Im Januar 2002 ist der Beratungsrat, einen öffentliche Bereich vom Institut der biologische Kontrolleorganisation SKAL, abgeschafft. Folglich wurde bei dem biologischen privat logo EKO (Öko) dass Mitbestimmungsrecht über die Kriterien der biologischen Landwirtschaft und sozialetische Fragen und Themen darüber hinaus, lautlos beseitigt. Förmlich wurden wir zum ersten mal am 14. Juni 2007 hiervon in Kenntnis gesetzt. Mit dieser Tatsache haben Bürger und Konsumenten weder Einfluss noch Kontrolle über die Kriterien der biologischen Landwirtschaft. D.h., dass wir auch keinen

Zugang mehr zu dem Gericht. **Beispiel:** Im Jahr 2005 wurde das Verfahrenrecht eines Jeden, die sogenannte Individualbeschwerde (*actio popularis*), ohne irgendeine Veröffentlichung in den Niederlanden, geräuschlos beseitigt. D.h., das Recht für Einzelpersonen bei einem Rechtsinstitut eine Klage einreichen zu dürfen. Im Grunde genommen bedeutet dies, dass viele niederländische Bürger und Bürgerinnen nicht mehr den Zugang zu Gerichten haben.

Dass ist auch passiert mit der nicht subventionierte und nicht institutionelle registrierte Gruppe der **„European GMO free Citizens“** wie diese Verfahrensaussprache, unter Punkt 2.1, bestätigt. [www.gentechvrij.nl](http://www.gentechvrij.nl) Wie ist das in den übrigen EU Ländern?

- 5) Hinzu kommt, dass bekannt wurde, dass im Rat der Europäischen Union auch andere Europäische Länder vertreten sind, die nicht zur EU gehören. Laut Zeitungsartikel Insgesamt 47 Länder.<sup>4</sup> Anfang Januar 2010 ist auf Bitten Russlands, das auch Mitglied vom Europäischen Rat ist, eine Reform des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) in Strassburg initiiert worden, was auch laut Zeitungsartikel<sup>4</sup> durchgeführt ist. Was dies bedeutet weiß kein Bürger in Europa. Laut Zeitungsartikel<sup>4</sup> kann dadurch das EGMR effizienter arbeiten. Trotz dieser neuen Effizienz habe ich dort eine Berufung über die Beseitigung der sogenannten Individualbeschwerde (*actio popularis*), vor 21 Monaten eingereicht. Bis jetzt, keine inhaltliche Antwort. Bitte sind Sie so nett und prüfen Sie Annahmestätigung Nummer: 3636/09. Kläger Verlinden gegen Niederlande. Verfahren Niederländischer Staatsrat von 16. Juli 2008. Nummer: 200706900/1/H -3. Wob Actio popularis.

## Schlussbetrachtung

Diese Tatsache führt mir vor Augen, dass bei dem politisch unsichtbaren europäischen Staatsrat eine große Missachtung für das europäische Volk besteht. Genetische Manipulation generiert Genetische Modifikation und steht im Widerspruch mit der europäischen Kultur und ist gefährlich. Es ist Ausdruck der Gier eines kranken Geistes um eine neue Weltordnung zu fordern. Um dies zu ändern, ist in unseren Augen eine Ratifizierung der Grundrechte von 1848 unbedingt notwendig.

Diese Grundrechte sind nämlich auch aus dem EU Vertrag von Lissabon von 2007 geräuschlos verschwunden.<sup>5</sup> Auch Reporter ohne Grenzen, die sich beispiellos für Pressefreiheit einsetzen haben darüber noch nicht berichtet.<sup>6</sup> D.h., westliche Pressefreiheit bedeutet nichts anders als die Freiheit um zu schweigen. Freiheit um zu schweigen generiert halbe Wahrheiten. Halbe Wahrheiten sind gefährlicher als Lügen. (John Lukacs). Wir verweisen auch auf den Codex Alimentarius und Tetras Politika, welche notwendig sind für die neue Weltordnung. Niemand ist darüber formal informiert worden. Wieso nicht? Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die internationale Vereinbarung für Journalisten, den Code von Bordeaux.<sup>7</sup>

Einfluss mehr auf die Kriterien des neuen EU Öko- Label haben. („EU führt neue Kategorien bei Öko- Label ein“. Berliner Zeitung 19/11/09) Im Endeffekt bedeutet das, dass das neue EU Öko-Label damit wertlos ist.

<sup>4</sup> ‘Rusland stemt in hervormen EU Hof’ (Trouw 16/1/10/p10)

<sup>5</sup> Zum Beweise: Lissabon Vertrag 2007. „Kapitel 3: JUSTIZIELLE Zusammenarbeit in Zivilsachen. Artikel 65. Artikel 2.lid f: **Zitat** „die Beseitigung von Hindernissen für die reibungslose Abwicklung von Zivilverfahren, erforderlichenfalls durch Förderung der Vereinbarkeit der in den Mitgliedstaaten geltenden zivilrechtlichen Verfahrensvorschriften“. **Ende Zitat.**

Bitte sind Sie so nett und erklären sie allen europäischen Einwohnern: **a)** Warum ‚erforderlichenfalls durch Förderung der Vereinbarkeit‘? **b)** Was sind die Kriterien des ‚erforderlichenfalls‘? **c)** Wie kann man Vereinbarkeit fördern, wann wir wissen, dass alle Gesetze und Institutionen aus unseren Grundrechten hervorgehen, d.h. politische Versammlungsfreiheit für Meinungsäußerung durch die exemplarischen Entscheidungen, mit alle Argumente, alle Fakten, alle Zahlen und Einschätzungen, der Mitglied der politischen Institutionen, was das entscheidende Abwehrrecht des Bürgers gegen den Staat ist?

<sup>6</sup> **Zitat:** ‚Viele Menschen bezahlen für die Wahrheit mit ihrem Leben. Sie können mit Karte zahlen. Verteidigen Sie das Recht auf freie Berichterstattung. Mit Ihrer Spende. 15 Jahre Reporter ohne Grenzen. Für Pressfreiheit. Spendekonto: 5667777080. BLZ 10090000 Berliner Volksbank. [www.reporter-ohne-grenzen.de](http://www.reporter-ohne-grenzen.de) ‚ **Ende Zitat.** Anzeiger AFZ 12/10/10

<sup>7</sup> Deutsche Rat für Publicrelations: CODE DE BORDEAUX: **Erklärung über die Prinzipien journalistischer Arbeit**

Der 2. Weltkongress der Internationalen Vereinigung von Journalisten in Bordeaux vom 25. bis 28. April 1954 hat die folgende Erklärung beschlossen: Diese internationale Erklärung wird als Grundvoraussetzung für die Arbeitsweise von Journalisten verkündet, die Nachrichten und Informationen sammeln, übermitteln, verbreiten oder kommentieren und über Ereignisse berichten.

1. Achtung von Wahrheit und der Anspruch der Öffentlichkeit auf Wahrheit ist die erste Pflicht eines Journalisten. 2. In Verfolgung seiner Pflichten wird er das Doppelprinzip verteidigen: Freiheit



Die Beseitigung der Grundrechte aus dem EU Vertrag von Lissabon von 2007 bedeutet, dass die freie Meinungsäußerung für die Mitglieder in den politischen Institutionen mit dem ‚Aspekt‘ von politischer Autorität nicht in allen Mitgliedsländern gleich ist, wie unter Punkt 3 und 4 besprochen.

Im Grunde genommen heißt das, dass der Begriff Union nur eine Bedeutung hat für die Großaktionäre der multinationalen Konzerne, die über all diese Tatsachen informiert sind, aber die Bürger wissen von nichts und werden auch vorab darüber nicht konsultiert. Das ist im Widerspruch mit den Prinzipien der Grundrechte von 1848.

Bitte rettet unsere europäische Kultur, unsere biologische Landwirtschaft und unsere Existenz. Die Essenz der Prinzipien der Grundrechte zeigt sich in folgendem **Zitat**: *'Alle Argumente, alle Fakten alle Zahlen und Einschätzungen müssen auf den Tisch'* **Ende Zitat**. Heiner Geissler (Süddeutsche Zeitung 7/10 und 13/10/10).

Das bedeutet, nicht nur in den Zeitungen, Internet, Website, Hyves, usw. sondern von Angesicht zu Angesicht, das heißt in den exemplarische Entscheidungen der Mitglieder der politischen Institutionen muss sich diese Maxime widerspiegeln, welche 1848 mit den europäischen Staatsoberhäuptern verabredet wurde. Das sind die Wurzeln unserer Demokratie.

Ihrer Antwort entgegen sehend verbleibe ich mit vorzüglicher Hochachtung als Ihr Diener für das allgemeine öffentliche Wohl. \*1

---

Robert A. Verlinden \*2

Stiftung für die Vorbeugung des Missbrauch von Genetischer Manipulation. (VoMiGEN) *Stichting Ter Voorkoming Misbruik Genetische Manipulatie. (VoMiGEN) Kandidat nr.7 der vormaligen [www.lijst14.nl](http://www.lijst14.nl)*

\*1 Zu Ehren der alten Widerstandskämpfer „Liebe zur Erde und der Welt“ ist eine Plattform von Dienern in Aufbau für die Entwicklung des allgemeinen öffentlichen Wohls zu dienen, ohne eigene Dossiers zu bevorzugen.

\*2 Initiator, Koordinator und Kandidat Nummer 11 der ehemaligen Blanko Liste [www.lijst11.nl](http://www.lijst11.nl) der Kommunalwahlen von Rotterdam 2010 und Kandidat Nummer 17 der ehemaligen Blanko Liste [www.lijst14.nl](http://www.lijst14.nl) des Parlaments wählbar 2006 in den Niederlanden. [www.lijst14.nl](http://www.lijst14.nl) Kandidat nr.17, einer sogenannten Blanco-Liste, die wegen der Tatsache, dass sie einmalig in der niederländischen parlamentarischen Geschichte war, durch die unabhängige Presse während der Tweede-Kamer-Wahlen am 22. November 2006 totgeschwiegen wurde. Dass bedeute für die Niederlande halbe Wahrheiten. Halbe Wahrheiten sind gefährlicher als Lügen. Auch die politische Gruppe [www.lijst11.nl](http://www.lijst11.nl) wird durch die niederländische unabhängige Presse seit Beginn 2010 totgeschwiegen.

Auf der Grundlage des neuen Presse-Gesetzes, das unserer Meinung nach in den Niederlanden nicht mit den Grundrechten von 1848 konform geht, hat "Lijst 14" keine politische Sendezeit erhalten. Minister Nicolaï fasste am 3. November 2006 unerwartet den Beschluss, Wahlen vorzeitig möglich zu machen. Das tat er in dem Wissen, dass jeder Bürger das Recht hat, innerhalb von 6 Wochen dagegen Beschwerde einzulegen. Das ist geschehen. Der "Raad van State", der private Gerichtshof der Königin, nahm das nicht zur Kenntnis. Alle Stimmzettel der mehr als zehntausend Stimmlokale waren innerhalb von drei Tagen nach der Wahl zerrissen worden. Das ist merkwürdig, denn jeder weiß, dass man zum Beispiel seine Kontoauszüge fünf Jahre lang aufbewahren muss.

**Beilage: 1)** Verfahrensaussprache vom 15. September 2010. **2)** Gründe für die Berufung vom 25. Februar 2010. **3)** Weitere Unterlagen vom 4. August 2010.

---

für gewissenhafte Erlangung und Publizierung von Nachrichten und das Recht auf gerechte Kommentierung und Kritik. 3. Der Journalist berichtet nur in Übereinstimmung mit Tatsachen, deren Ursprung er kennt. Er wird keine wichtigen Informationen verschweigen oder Unterlagen fälschen. 4. Er wird nur faire Mittel anwenden, um Nachrichten, Fotografien oder Unterlagen zu erhalten. 5. Er wird sein Möglichstes unternehmen, um eine veröffentlichte Information zu berichtigen, die sich als unrichtig erwiesen hat. 6. Er wird berufsmäßig Verschwiegenheit über die Herkunft einer Information wahren, die er vertraulich erhalten hat. 7. Er betrachtet die folgenden Punkte als grobe Verstöße: • geistiger Diebstahl • Verleumdung, Beleidigung, Verunglimpfung und unberechtigte Anschuldigung • die Annahme von Bestechung in jeder Form im Zusammenhang mit Publizierung oder Verfälschung. 8. Jeder Journalist, der diese Berufsbezeichnung verdient, hält es für seine Pflicht, die vorgenannten Prinzipien gewissenhaft zu befolgen. Unter Berücksichtigung der Gesetzesvorschriften in den einzelnen Ländern anerkennt der Journalist in beruflichen Fragen nur das Urteil seiner Kollegen. Das schließt jede Einflussnahme durch Regierungen oder Dritte aus.